

AMT FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ

Amtsleiter

Mag. Dr. Walter Medinger

Sekretariat

Ingeborg Kocher (bis 31. Oktober 1999)
Astrid Riegler (interimistisch ab 1. November 1999)

Neues Rathaus , Hauptstraße 1-5, 4041 Linz
Telefon: 7070/2691
Fax: 7070/2699
e-mail: info@anu.mag.linz.at

Abteilungen

Sachverständigendienst

Ing. Manfred Erlmoser

Messtechnik

Dipl.Ing. Wilfried Hager

Großbetriebe

Dipl.Ing. Helga Fierlinger

Sachbereich „Sonstige Umweltschutzangelegenheiten“

Karl Bachlmayr

Naturkundliche Station

Dr. Friedrich Schwarz

Mitarbeiterstand am 31. Dezember 1999: 30
(+1 in Karenz + 1 vakant)

Bodenschutz
Abfallwirtschaft
Chemotechnik
Naturschutz

Einerseits erfolgte in diesen Sachgebieten Sachverständigentätigkeit, andererseits galt es, verschiedene Messungen zur Unterstützung der Sachverständigentätigkeit und notwendiger Erhebungsaufgaben abzudecken. Neben der Besorgung allgemeiner Umweltschutzangelegenheiten waren auch noch Subventionsverfahren nach den „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“ durchzuführen.

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung kam der Bearbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen eine ganz besondere Bedeutung für den Umweltschutz zu. Die meisten der zu bearbeitenden Fälle waren aber gewerbebehördlichen Verfahren zuzuordnen. Immer häufiger und wichtiger werden Beschwerdefälle, die sich auf Lärmprobleme (baulicher Schallschutz bei Sanierung von Altbauwohnungen) beziehen.

Durch rechtliche Änderungen im Wasserrecht werden die Bezirksverwaltungsbehörden vermehrt mit Sachverständigenaufgaben betraut werden. Diese Sachverständigentätigkeit soll künftighin innerhalb des Magistrates Linz vom Amt für Natur- und Umweltschutz wahrgenommen werden.

Einen wichtigen Bereich nahm im Amt im Jahr 1999 wiederum die Erstellung von Publikationen ein, allen voran die Zeitschrift ÖKO.L und das Naturkundliche Jahrbuch.

ALLGEMEINER AUFGABENBEREICH

Die Tätigkeiten des Amtes für Natur- und Umweltschutz deckten im Berichtszeitraum folgende Bereiche ab:

Luftreinhaltung
Lärmschutz

SCHWERPUNKTE

Schwerpunktmäßig waren im Amt für Natur- und Umweltschutz folgende Arbeiten zu erledigen:

Gewerbebehördliche Verfahren,
Verfahren nach dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen,
Bauverfahren,
Verfahren nach dem OÖ. Raumordnungsgesetz und Verfahren nach dem OÖ. Veranstaltungsgesetz,
Bodenuntersuchungen,
Immissions- und Emissionsmessungen,
Naturschutzrechtliche Stellungnahmen,
Erhebungen und Kartierungen von Flora, Fauna und Biotopen.

In Naturschutzangelegenheiten dienen die sachverständigen Stellungnahmen hauptsächlich dazu, den Einfluß von Bauprojekten auf die Natur und Landschaft so gering wie möglich zu halten bzw. bestehende für die Natur ungünstige Situationen wieder zu bereinigen (z. B. Renaturierungen von Fließgewässern,

Schaffung von Biotopen und Biotopverbunden).

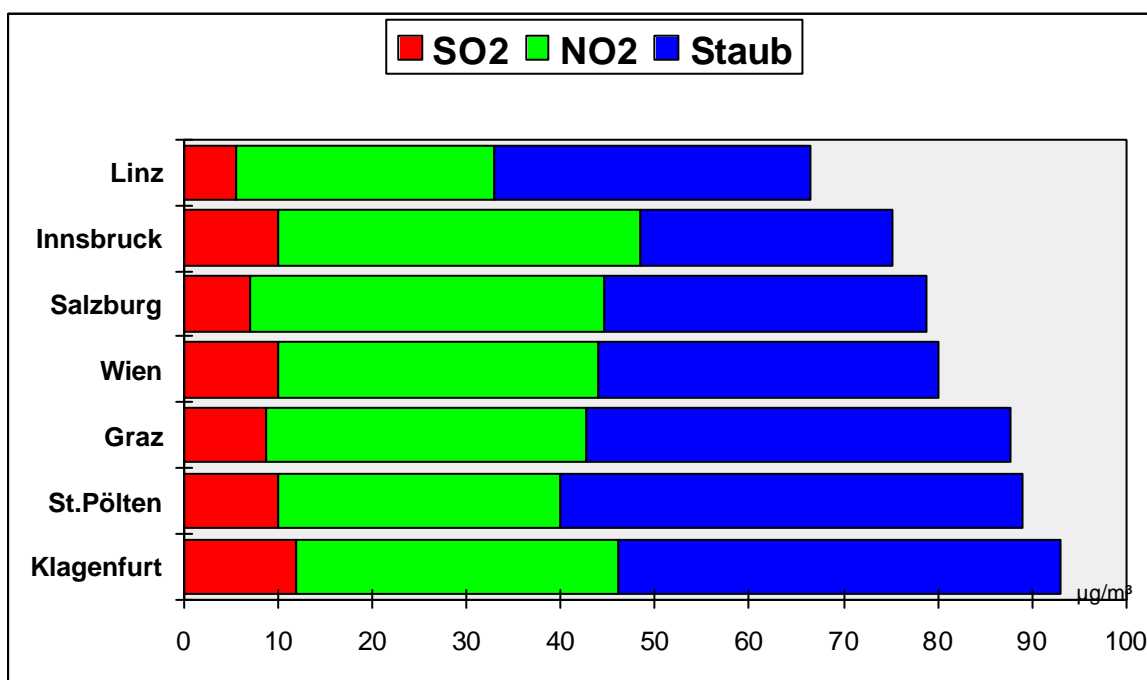
LEISTUNGSUMFANG

Luftsituation

Städtevergleich

Seit dem Jahr 1991 führt die Stadt Linz einen Städtevergleich durch, im Rahmen dessen die Luftsituation im Bereich der Stadt Linz mit jener anderer Städte (größere Landeshauptstädte in Österreich, Industrieregionen, andere Städte in Europa) verglichen wird. Dabei wird von den einzelnen Messnetzbetreibern eine Reihe von Daten über die dortige Luftsituation erfragt und diese dann miteinander verglichen.

Betrachtet man die Werte der österreichischen Landeshauptstädte, so fällt auf, dass Linz vergleichsweise die geringste Luftbelastung aufweist, wenn man die Jahresmittelwerte über alle Messstationen des jeweiligen Messgebietes miteinander vergleicht (Vergleichsstand: 1999):



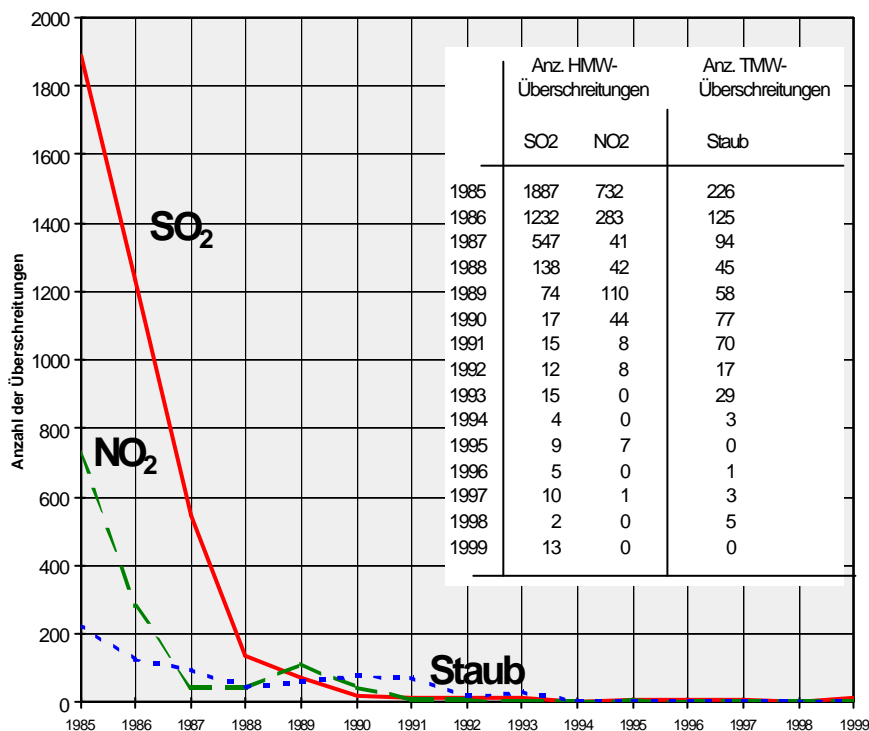
Entwicklung der Luftsituation

Auf Grund der erfolgten Umsetzung der drei Maßnahmenpakete im Bereich der Großindustrie und der Fernheizkraftwerke, wodurch eine mehr als 75-prozentige Schadstoffreduktion erreicht werden konnte, der ständigen Sanierung weiterer Emittenten in der Großindustrie, der

Umstellung des Hausbrandes auf Erdgas und Fernwärme und der Verbesserungen bei Klein- und Mittelbetrieben wurde seit 1984 eine drastische Verbesserung der Luftsituation erreicht. Dies möge in nachstehender Grafik verdeutlicht werden:

Anzahl der Überschreitungen der Grenzwerte der o.ö. Luftreinhalteverordnung für den Halbstunden-Mittelwert (bzw. bei Staub: Tagesmittelwert) im Großraum Linz 1985 - 1999 an allen 10 Messstationen

Daten: Meßnetz des Amtes der oö. LReg/UA Luftreinh. und Energietechnik



Linzer Luft im Internet

Unter der Adresse „www.linz.at“ konnten sich Interessierte im Jahr 1999 über die aktuelle Luftsituation informieren, indem sie dort den Bereich „Umwelt“ anwählten. Daneben bestand die Möglichkeit, sich über eine Fülle von Themen, die den Umweltbereich allgemein und den Linzer Umweltbereich im besonderen betreffen, zu informieren. Die Umweltseiten sind neben den Kulturseiten von Internet-Surfern die am häufigsten aufgesuchten Seiten bei „Digital City Linz - DCL“. Ende 1999 musste die Anzeige der aktuellen Luftmesswerte vorübergehend stillgelegt werden, da auf Grund der Tatsache, dass

das bis dahin existierende Datenverwaltungsprogramm nicht Jahr-2000-fähig war, eine neue EDV-Entwicklung notwendig war, die ab dem Jahr 2000 laufen wird. Im Zuge dessen soll im Frühjahr 2000 wieder eine Anbindung der Luftmessdaten an das Internet erfolgen.

Sachverständigenbereich

Tagesdienst

Das Amt für Natur- und Umweltschutz ist für Beschwerden nicht nur während der Magistratsdienstzeit (DW 2700), sondern darüber hinaus auch über das „Grüne Telefon“ (7070/2128) erreichbar.

Aktenkundige Beschwerden des Jahres 1999:

Beschwerdeanlass	Untergruppe	Anzahl der Beschwerden und deren zeitliches Auftreten im Jahr 1999		
		Gesamt	innerhalb der Dienstzeit	außerhalb der Dienstzeit
Luft	Geruch	86	71	15
	Staub/Ruß	10	8	2
	Verbrennungen im Freien	7	6	1
	Feuerstätten	17	16	1
Lärm	-	76	34	22
Abfall	-	34	32	2
Boden/Wasser	-	21	21	0
Anfragen und sonstige Beschwerden		44		
Summe der Anfragen und Beschwerden		295	188	43

Umweltmedizinische Beratungsstelle

Seit 1. Oktober 1997 wird eine neue Dienststelle für die Linzer Bürger angeboten. Die Bevölkerung kann jeweils Montag bis Freitag in der Zeit zwischen 7.00 Uhr und 12.00 Uhr Fragen zum Thema "Gesundheitsbeeinträchtigungen durch

Umwelteinflüsse" über die Telefonnummer 7070/2607 stellen. Federführend für die "Umweltmedizinische Beratungsstelle" ist das Gesundheitsamt. Die Abteilung Messtechnik des Amtes für Natur- und Umweltschutz führte im Jahr 1999 in neun Fällen Schadstoffmessungen in Wohnräumen durch.

Veranstaltungswesen - Laute Musikdarbietungen

Bei Genehmigungen für Musikveranstaltungen war neben dem Nachbarschaftsschutz insbesondere auch auf den Schutz der Veranstaltungsbesucher einzugehen, um Gehörschädigungen zu vermeiden. Hinsichtlich der Lärmgrenzwerte für die Besucher orientiert man sich an den Werten einer Schweizer Richtlinie. Darin ist grundsätzlich ein äquivalenter Dauerschallpegel von 93 dB über den Veranstaltungszeitraum festgelegt. Sofern der Charakter der Veranstaltung darunter leidet, kann eine Ausnahme bis 100 dB genehmigt werden, wenn gleichzeitig Gehörschutz angeboten wird. Ungeklärt ist immer noch, wie die Einhaltung dieser Lärmgrenzwerte sichergestellt werden kann. Wie Messungen des Amtes gezeigt haben, kommt es im Nahbereich der Boxen bei lauten Veranstaltungen jedenfalls zu Grenzwertüberschreitungen. Durch Vorschreibung von Sicherheitsabständen wird versucht, die Gefährdung der Veranstaltungsbesucher zu verhindern. Durch eine gleichmäßigere geringere Beschallung des Zuhörerbereiches über eine größere Anzahl von Lautsprechereinheiten könnte das Problem der konzentrierten lauten Schallabstrahlung von zwei Boxentürmen verringert werden. Es entspricht jedoch nicht der gängigen Verwaltungspraxis auf die Ausrüstung der Musikgruppen Einfluss zu nehmen.

Gastgewerbebetriebe

Im gewerbebehördlichen Verfahren sind besonders die Gastgewerbebetriebe problematisch, da immer wieder unbefugte Eingriffe an den durch die Behörde lärmreduzierten und plombierten Musikanlagen vorgenommen werden. Dies führt zu häufigen Außendiensten und Überstundenleistungen.

Baulicher Schallschutz

Lärmbeschwerden über mangelnden baulichen Schallschutz treten bei Altbauwohnungen, aber auch bei Neubauten auf.

Kontrollmessungen des baulichen Schallschutzes (Luft- und Trittschallschutz) in Altbauwohnungen haben gezeigt, dass trotz teilweise massiver Beschwerden über Geräusche aus Nachbarwohnungen die vergleichsweise heranziehbar derzeit gültigen schalltechnischen Mindestanforderungen nicht oder nur wenig überschritten werden. Mehrere Ursachen können dafür verantwortlich sein. Das Problem tritt beispielsweise auf, wenn in Altbauten junge Mieter einziehen, die Kinder haben bzw. andere Lebensgewohnheiten aufweisen (Generationenkonflikt). Durchwegs ist auch die Erwartungshaltung an den baulichen Schallschutz höher, kann aber durch die Mindestanforderungen der Bauordnung nicht befriedigt werden. Ein Problem stellen die tiefen Frequenzen dar, die beispielsweise beim Gehen auftreten, die aber bedingt durch die anzuwendenden Messnormen keine Berücksichtigung finden können.

Textilreinigungen

Am Ende des Jahres 1999 hatte sich im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der Chemischreinigungsbetriebe von 13 auf 12 verringert. Der Schwerpunkt lag in diesem Jahr wieder bei der Überprüfung, inwieweit die Anlagen bereits den Bestimmungen der 1999 fälligen CKW-Anlagen-Verordnung 1994 entsprechen. Mit einem Abschluss der Erhebungen ist im Frühjahr 2000 zu rechnen.

Weiteres Augenmerk wurde auf die Fortführung laufender Bodenluftsanierungen gelegt.

Lackieranlagen

Auf Grund der Lackieranlagenverordnung müssten Lackieranlagen, in denen jährlich mehr als 5000 kg Lösemittel eingesetzt werden, spätestens mit 31. Dezember 1998 mit einer Abluftreinigungsanlage ausgestattet gewesen sein.

Die in Frage kommenden Betriebe mit großen Lackieranlagen wurden daher im Jahr 1998 und 1999 einer umwelpolizeilichen Überprüfung unterzogen. Dabei wurde festgestellt, dass nur ein geringer Teil der Anlagen mit entsprechenden Abluftreinigungsanlagen ausgestattet ist. Projekte zur Abluftreinigung waren häufig in Ausarbeitung.

Die strenge gesetzliche Vorgabe nach Abluftreinigungsanlagen wurde durch einen Erlass des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten aufgeweicht, indem Fristerstreckungen vorgesehen sind. Durch diesen Erlass gibt es die Möglichkeit, Fristerstreckungen zu gewähren. Bisher entspricht erst eine Linzer Lackieranlage durch den nachträglichen Einbau einer Abluftreinigungsanlage der Lackieranlagenverordnung.

Dampfkesselanlagen

Bei Dampfkesselanlagen beziehen sich die behördlichen Überwachungen hauptsächlich auf folgende Bereiche:

- Emissionserklärungen
- Restnutzungsdauer von 5.000 Volllaststunden für Reservekessel ab 1. Jänner 1992
- Durchführung der Sanierungsmaßnahmen
- Besichtigungsbefunde
- Emissionsmessungen

Fernheizkraftwerk Süd

Seit Anfang November 1997 ist die dritte Gasturbine in Betrieb. Das Verfahren zur

Genehmigung des Abhitzekessels für die dritte Gasturbine wurde 1998 abgeschlossen, der Bau des Abhitzekessels sollte 1999 erfolgen. Der Bescheid über die Genehmigung des dritten Abhitzekessels wurde jedoch vom Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Umweltschutzabteilung behoben, da eine Umweltverträglichkeitsprüfung für notwendig erachtet wird. Eine endgültige Entscheidung über ein derartiges Verfahren steht noch aus.

Fernheizkraftwerk Mitte

Es wurden Pläne für den Ausbau und die Modernisierung des Fernheizkraftwerkes Mitte vorgelegt. Wie beim Fernheizkraftwerk Süd sollen in Zukunft erdgasbefeuerte Gas- und Dampfturbinen mit nachgeschalteten Abhitzekesseln und Entnahme-Kondensationsturbinen zum Einsatz kommen.

Interner Abfallbetrauter

Aufgrund der Eingliederung des Wirtschaftshofes mit der Abteilung Abfallwirtschaft in die SBL musste auch ein neuer Abfallbeauftragter für die Stadtverwaltung bestimmt werden. Mit der Aufgabe des Abfallbeauftragten wurde Anfang 1999 Herr Riepl vom Liegenschaftsamt betraut. Überdies ist festgelegt, dass für jede Dienststelle des Magistrats ein eigener Abfallbetrauter zu nominieren ist.

Abfallbeauftragte des Amtes für Natur- und Umweltschutz : Frau Alexandra Harich (Karenz) und Herr Ilchmann Oliver.

Projekt "Abfallwirtschaft 2005"

Das Inkrafttreten der Deponieverordnung und die Novellierung des Wasserrechtsgesetzes bringen für die Stadt Linz einige einschneidende Änderungen mit sich. Ab

dem 1. Jänner 2004 ist die bisherige Abfallablagerung ohne Vorbehandlung nicht mehr möglich. Ab diesem Zeitpunkt darf nur mehr Abfall mit einem Gesamtkohlenstoffgehalt unter 5 Prozent oder mit einem oberen Heizwert von weniger als 6000 kJ/kg (bezogen auf trockenen Abfall) abgelagert werden.

Zur Klärung der künftigen Linzer Abfallbehandlung wurde im September 1997 die Projektgruppe "Abfallwirtschaft 2005" eingerichtet und eine Variantenstudie bei Herrn Dr. Lahl und Herr Dipl.-Ing. Scheidl in Auftrag gegeben.

Das Ergebnis der von der Stadt Linz in Auftrag gegebenen Studie wurde bei der vierten und letzten Sitzung des Bürgerbeirates im Juni 1999 von dessen Mitgliedern einstimmig zur Kenntnis genommen und zeigt für die künftige Restabfallbehandlung von Linz (spätestens ab 1. Jänner 2004) folgende Möglichkeiten auf:

Verbrennung des Linzer Restabfalls in einer durch eine zweite Linie erweiterten Abfallverbrennungsanlage in Wels.

Splittingvariante 1:

Errichtung einer mechanisch-biologischen Anlage (MBA) in Linz.

Die darin abgetrennte heizwertreiche Fraktion wäre für die industrielle Verwertung in der Wirbelschichtverbrennung in Lenzing vorgesehen. Der Rotterückstand würde auf der Linzer Restabfalldeponie in Asten abgelagert werden.

Splittingvariante 2:

Errichtung einer MBA-Anlage in Linz wie vorher. Abtrennung von zwei verheizbaren Fraktionen, wobei die heizwertärmere Fraktion für die Abfallverbrennung in Wels vorgesehen wäre und die heizwertreichere Fraktion wieder zur Wirbelschichtfeuerung in Lenzing kommen soll.

Der Rotterückstand würde in Asten abgelagert werden.

Splittingvariante 3:

Errichtung einer rein mechanischen Abfalltrennungsanlage in Linz (ohne biologische Anlage, also ohne Rotte), heizwertärmere Fraktion zur Abfallverbrennung in Wels, heizwertreiche Fraktion zur Wirbelschichtfeuerung Lenzing.

Die Entscheidung über die künftige Behandlung des Linzer Restabfalls liegt nunmehr bei der SBL.

Laut Auskunft der SBL wird im Jahr 2000 ein neues Linzer Abfallwirtschaftskonzept ausgearbeitet werden. Im Anschluss daran ist geplant, die Ergebnisse dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Lärmkataster für Linz und Umgebung

Auf der Grundlage des Linzer Lärmkatasters wurde mit einem Bericht zur Lärmsanierung mit Prioritätenreihung unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte begonnen.

Für einzelne Lärmsanierungsmaßnahmen an Linzer Straßen wurden gemeinsam mit dem Amt der oberösterreichischen Landesregierung Projekte ausgearbeitet, die im Jahr 2000 umgesetzt werden sollen.

Lärmschutz an Eisenbahnstrecken - Bahnlärmsanierung

Die planmäßige Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen im ersten Sanierungsabschnitt Unionstraße/Gaumberg/Keferfeld im Frühjahr 1999 verzögert sich um ein Jahr. Die Gründe lagen in der verzögerten Abwicklung des eisenbahnrechtlichen Verfahrens (Abschluss Juni 1999) und der in Folge verzögerten Auftragsvergabe der ÖBB bzw. durch ein unvorher-

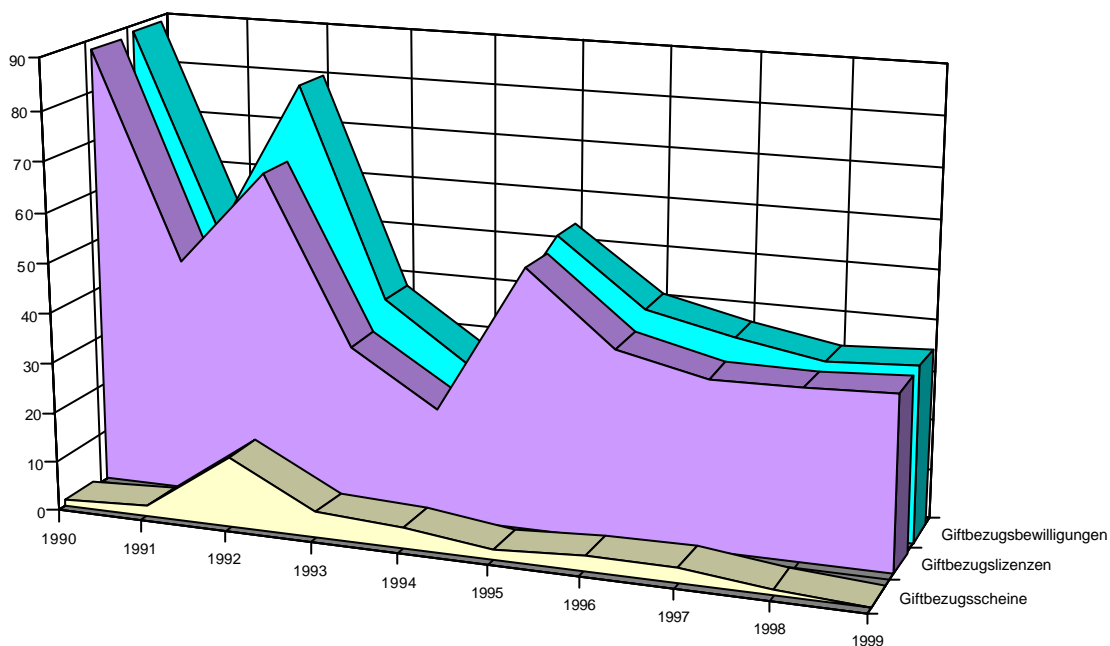
sehbares ÖBB-internes Auftrags- und Vergabeprüfverfahren.

Höhe von 25 Prozent der gesamten Bahnlärmsanierungskosten sichergestellt.

Im Juni 1999 wurde mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Stadt Linz und dem Land Oberösterreich die Kostenbeteiligung des Landes in der

Giftbezugsbewilligungen

Zeitliche Entwicklung der Geschäftsfälle (Giftbezugs-scheine und Giftbezugs-lizenzen):



Im Jahr 1999 wurden 35 Gutachten in Giftbezugsbewilligungsverfahren erstellt. Unter den 35 Erledigungen gab es auch eine fachliche Ablehnung, da schwere Bedenken gegen die Anwendung eines Giftes als Keramikglasurbestandteil vorlagen.

Kenntnis genommen werden. Die Planungsarbeiten werden unter Finanzbeteiligung der Stadt Linz weitergeführt.

Projekt Untertunnelung Bindermichl

Künftige europäische Lärmschutzpolitik

Ende 1999 konnte aus amtlicher Sicht die Weiterentwicklung der Variantenstudie zur Umsetzung des Autobahnsanierungsprojektes für den Stadtteil Bindermichl - Spallerhof zustimmend zur

Die seitens der EU zu erwartenden Richtlinien hinsichtlich des Lärmschutzes lassen bei konsequenter Weiterverfolgung der in Linz bereits fertiggestellten oder in Angriff genommenen Maßnahmen (Lärmkataster, Bahnlärmsanierung) und üblichen Vorgangsweisen in Raumordnungsfragen kaum Probleme oder zusätzliche Aufwände erwarten.

Arbeitsgruppen und Fachgremien

Die Arbeitsgruppe des Umweltbundesamtes erarbeitete im Jahr 1999 eine Richtlinie zur einheitlichen Behandlung und Beurteilung von lärmtechnischen Problemen im Zusammenhang mit Veranstaltungen (Pop- und Rockkonzerten) sowie ein vereinfachtes Verfahren zur Begrenzung und Einstellung von Musikanlagen in Gastgewerbebetrieben. Diese Berichte werden Anfang 2000 veröffentlicht.

Die Bemühungen der Arbeitsgruppe um eine österreichweit einheitliche Vorgangsweise für die Beurteilung von lärmtechnischen Problemen wurden weiter fortgesetzt.

Großbetriebe

Behördenverfahren

Im Berichtszeitraum wurden die Sachverständigen der Abteilung Großbetriebe mit insgesamt 188 Geschäftsfällen befaßt, davon mit elf Gutachten im Rahmen der Prüfung von Sicherheitsanalysen, sechs Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und 24 umweltschutztechnische Gutachten in Genehmigungsverfahren (bau- und gewerbebehördliche Genehmigungs- und Überprüfungsverhandlungen), wobei insgesamt 130 Auflagen formuliert worden sind.

Großverfahren

Darunter fielen die folgenden Großprojekte bzw. Anlagenkomplexe:

Bei der DSM Fine Chemicals Austria:

Bau 506, die ursprüngliche Mono-Anlage zur Herstellung von Pyridate (= Pflanzenschutzmittel) wird in eine Mehrzweckanlage für Pflanzenschutzmittel umgebaut und umgewidmet.

An die gemeinsam mit Hoffmann – La Roche errichtete HBL- Anlage Bau 700 wird ein Anbau errichtet, der als Mehrzweckanlage konzipiert ist und der Erzeugung pharmazeutischer Grundstoffe dienen wird. Im Dezember 1999 fand zunächst die Verhandlung zur Genehmigung eines Versuchsbetriebes im Umfang der Errichtung statt, die gewerberechtliche Genehmigung wird im Lauf des Jahres 2000 in Etappen (jeweils für einige konkrete Produkte) abgewickelt werden.

Biologische Abwasservorreinigung, BAV: Die werkseigene Kläranlage wird in ihrer Kapazität in etwa verdoppelt, die nachgeschalteten Biofilter zur Abluftreinigung werden in ihrer Größe und Kapazität mehr als verdoppelt. Damit soll eine bessere Abwasserreinigung und auch Abluftreinigung gewährleistet werden.

Bei der AGROLINZ Melamin GmbH:

Bau 436, 5. Melamin- Anlage. Die 1998 genehmigte Anlage wird in einigen Punkten abgeändert, nachdem sich im Zuge der Bestellungen und der Errichtung die Notwendigkeit diverser technischer Änderungen herausgestellt hat. Fertigstellung voraussichtlich im Jahr 2000.

Optimierung Düngemittelproduktion Bau 626 – 629. Durch Optimierung verschiedener Arbeitsabläufe und Modernisierung diverser Apparate soll die Produktionskapazität der Mehrnährstoffdüngeranlage erhöht werden, als Nebeneffekte werden die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter verbessert, und die Abluft der beiden Sphärodizer (Apparate zur Granulierung des fertigen Düngers) wird einem neuen gemeinsamen Wäscher zugeführt, wodurch die Emissionsfrachten an Staub und Ammoniak aus diesem Bereich trotz erhöhter Produktion um ca. 25 Prozent sinken werden. Fertigstellung in Etappen 2001/2002.

Außerbetriebnahmen

VOEST Alpine Stahl: Der Produktionsbereich Teerdestillation wurde aufgelassen, zwischen April und ca. Juli 1999 wurden Demontage- und Reinigungsarbeiten durchgeführt.

VOEST Alpine Stahl: Mit Ende des Jahres wurden die Koksofenbatterie III, die letzte der alten Ofengruppe 1, und mit ihr der alte Kokslöschurm 1 außer Betrieb genommen. Die Ofengruppe 2 ist insgesamt umweltfreundlicher als die alte Ofengruppe, da durch verschiedene Zusatzapparate diffuse Emissionen bei den einzelnen Bearbeitungsschritten minimiert wurden.

Projektgruppenarbeit

Auch im Berichtsjahr 1999 wurde die Mitarbeit der Abteilung Großbetriebe in der Projektgruppe Anlagensicherheit, in deren Rahmen die Mitwirkung des Amtes an der Prüfung von Sicherheitsanalysen und Maßnahmenplänen (Schwerpunkt: Ausbreitungsrechnungen hinsichtlich störfallbedingter Schadstoffemissionen) erfolgt, fortgesetzt. Dabei wurde die Prüfung aller Sicherheitsanalysen bestehender Betriebsanlagen abgeschlossen. Die Projektgruppe Anlagensicherheit wird in Zukunft die alle zwei Jahre vorzulegenden Fortschreibungen sowie Sicherheitsanalysen von neu errichteten Betriebsanlagen zu prüfen haben.

Sanierungen

Sichtbare Emissionen aus dem VASL-Stahlwerk ("rote Wolken")

Im Zuge eines Großverfahrens zur „Optimierung Flüssigphase“ wurde 1998 die Genehmigung zur Errichtung einer weiteren Filteranlage beim Stahlwerk LD3 erteilt. Durch die Verdoppelung der Ab-

saugleistung der Filteranlagen werden die bisher immer wieder auftretenden, seit 1997 zunehmenden, sichtbaren Emissionen aus dem Stahlwerk ca. ab Anfang 2000 der Vergangenheit angehören. Eine fallweise auftretende rote Wolke kann nie ganz ausgeschlossen werden (z. B. bei sogenannten "Auswürfen"), deren Häufigkeit wird aber deutlich zurückgehen. Die Errichtungsarbeiten wurden 1999 durchgeführt, die zweite Filteranlage geht Anfang 2000 in Betrieb. Die Mitarbeiter der Abteilung Großbetriebe werden im Lauf des Jahres 2000 die Effizienz dieser Maßnahme überprüfen.

Geruchsproblematik

Die Reinigungsarbeiten im Bereich VASL, Teerdestillation, führten im Frühling 1999 an einigen Tagen zu Geruchsbelästigungen im Stadtgebiet. Allerdings ist durch die Stilllegung dieses Anlagenbereiches in Zukunft eine nicht unbedeutende Quelle für diffuse organische Emissionen weggefallen.

Die Stilllegung der Koks-batterie III und des Löschturmes 1 wird ab 2000 für eine Verringerung der Geruchsbelästigungen aus dem Bereich Kokerei sorgen (Geruch nach Kokerei und faulen Eiern).

Die DSM-werkseigene Kläranlage (für den ganzen Chemiepark) wird in ihrer Kapazität in etwa verdoppelt, die nachgeschalteten Biofilter zur Abluftreinigung werden in ihrer Größe und Kapazität mehr als verdoppelt. Damit soll eine bessere Abwasserreinigung und auch Abluftreinigung gewährleistet werden, Geruchsbelästigungen aus dem Bereich Kläranlage werden dadurch abnehmen.

Emissionsüberwachung

Im Berichtszeitraum wurden von den folgenden Anlagen der Linzer Großbetriebe sowie der ESG kontinuierlich Halbstundenmittelwerte von Abgas-Schadstoff-

konzentrationen on-line an das Amt für Umweltschutz übertragen:

VOEST-ALPINE:

Kraftwerk: Gas- und Dampfturbinenanlage (=Block 01); die Blöcke 04, 05 und 06; Sammelschienenanlage (Kessel 2 und 3); Kraftwerk gesamt.

Kokerei: Koksgasentschwefelung; Schwefelsäureanlage.

Warmwalzwerk: Stoßöfen 6 und 7.

Sinteranlage: Sinterband 5.

AGROLINZ MELAMIN GmbH:

Salpetersäureproduktion: Linien E und F.

ESG:

Fernheizkraftwerk Mitte; Fernheizkraftwerk Süd

Emissionsbilanzen

Auch für das Jahr 1998 wurde wieder eine detaillierte Emissionsbilanz für den Linzer Raum hinsichtlich der Komponenten SO_2 , $\text{NO}_{x(2)}$, Staub, CO_2 , CO, H_2O , HF, H_2S , NH_3 , Nicht-Methan-Kohlenwasserstoffe (C_nH_m) sowie (F)CKW und CH_4 erstellt. (Siehe Grafik Seite 145)

Im Vergleich zu 1997 waren bei den Hauptschadstoffen Staub, $\text{NO}_{x(2)}$ und SO_2 jeweils Zunahmen der Jahresfrachten festzustellen. Beim klassischen Treibhausgas CO_2 ist erfreulicherweise eine - VOEST-ALPINE- bedingte - Abnahme der Jahresemissionen verglichen mit 1997 zu verzeichnen gewesen. Die Zunahmen bei den Hauptschadstoffen sind allesamt im Wesentlichen auf die Emissionen der VOEST-ALPINE zurückzuführen. Zum Beispiel erfolgte bei den SO_2 -Emissionen von 1997 auf 1998 eine Gesamtzunahme von 124 Tonnen, davon entfielen allein 106 Tonnen auf die gestiegenen Sinteranlagen-Jahresemissionen. Bei der Chemie-Gruppe waren die Jahresemissio-

nen beispielsweise für $\text{NO}_{x(2)}$ um 38 Tonnen geringer als 1997.

Grundsatzaufgaben

Mobilitätsberatung im Magistrat Linz

Auf Initiative von Umweltstadträtin Dr. Christiana Dolezal und Verkehrsstadtrat Berthold Amerstorfer wurde im Winter 1998 die Durchführung einer Mobilitätsberatung im Magistrat Linz in Auftrag gegeben. Ziel dabei ist: Die Mitarbeiter sollen ihr Mobilitätsverhalten überprüfen und, wenn es möglich ist, auch ändern. Das heißt: Das Auto soll zu Hause bleiben, und der Weg von und zur Arbeit soll hauptsächlich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden.

41 Personen haben sich für eine Testphase angemeldet. Zwei Monate lang testeten sie kostenlos eine ESG-Monatskarte. Über diesen Zeitraum wurde über jeden einzelnen Weg von und zur Arbeit genauestens über Positiva und Negativa Buch geführt („Mobilitätspass“). In weiteren Schritten werden nun von der Arbeitsgruppe Maßnahmen erarbeitet, die eine größere Zahl von Mitarbeitern zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bewegen sollen.

Mobilitätsberater-Ausbildung

Auf Vorschlag von Stadtrat Amerstorfer sowie von Stadträtin Dr. Dolezal absolvierte je ein Mitarbeiter aus dem Amt für Natur- und Umweltschutz, Planungsamt sowie dem Amt für Personal- und Organisation sowie zwei Mitarbeiter der ESG und ein Mitarbeiter der VOEST ALPINE STAHL LINZ die Ausbildung zum Mobilitätsberater.

Klimabündnis-Hauptpreis

Im Rahmen des achten österreichischen Klimabündnis-Treffens 1999 in Baden

bei Wien erhielt die Stadt Linz einen Hauptpreis des Klimabündnisgemeinde-Wettbewerbes. Die Auszeichnung „Halbzeit“ versteht sich als Zwischenbilanz für das Gesamtpaket der Klimaschutzmaßnahmen der Gemeinden, das bis zum Jahr 2010 umgesetzt werden soll. In der Kategorie der Gemeinden über 60.000 Einwohner konnte die Stadt Linz österreichweit die besten Ergebnisse erzielen. Umweltminister Bartenstein überreichte den Preis den Vertretern der Landeshauptstadt: Dr. Walter Medinger, Leiter des Amtes für Natur- und Umweltschutz, sowie Dr. Gerhard Utri.

Ausgezeichnet wurden insbesondere die Aktivitäten der Stadt auf den Gebieten der Luftreinhalte- und Klimaschutzmaßnahmen, der Energiesparmaßnahmen, des Verkehrs, der umweltgerechten Beschaffung und der Landwirtschaft sowie der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klimaschutz.

„Klimabündnis“-Beirat

Umweltstadträtin Dr. Dolezal lud am 10. März des Berichtsjahres den Klimabündnis-Beirat zu seiner zehnten Sitzung nach Linz in das Pressezentrum im Alten Rathaus.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Position des Klimabündnisses hinsichtlich der Holz-Zertifizierung, der HFCKW- und HFKW-Verzicht sowie die einheitliche CO₂-Bilanzierung für Klimabündnisgemeinden.

„Linz lebt Umwelt“

Ökologisches Handeln und wirtschaftlicher Erfolg sind keine Gegensätze. Mit dem Projekt „Linz lebt Umwelt“ wird nicht nur dem Umweltschutz Rechnung getragen, sondern auch der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmer. Das Projekt „Linz lebt Umwelt“

wurde von der Bezirksstelle Linz-Stadt der Wirtschaftskammer Oberösterreich, dem Land Oberösterreich und der Stadt Linz ins Leben gerufen. „Linz lebt Umwelt“ bietet den Linzer Betrieben ein maßgeschneidertes Beratungsprogramm für den betrieblichen Umweltschutz. Professionelle Beratung durch erfahrene Umweltberater und die Kooperation mit dem Amt für Natur- und Umweltschutz bürgen für eine erstklassige Leistungserbringung. Im Sommer des Berichtsjahres gab Umweltstadträtin Dr. Dolezal den Auftrag zum Startschuss für das Vorhaben.

Ziel des Projekts ist eine Kosteneinsparung durch Reduktion des Einsatzes von Ressourcen (sowohl stofflich als auch energetisch) und damit eine Optimierung des Produktionsprozesses. Die positive Darstellung der erbrachten Umweltleistung führt weiters zu einem Imagegewinn des Unternehmens in der Öffentlichkeit. Die teilnehmenden Unternehmen werden nach erfolgreicher Durchführung und Umsetzung der Beratung mit einem Zertifikat ausgezeichnet.

Zur Teilnahme eingeladen sind alle Linzer Unternehmen mit nicht mehr als 250 Mitarbeitern. Die Kosten der einjährigen Aktion werden zu je einem Viertel vom Land, von der Stadt und von der Wirtschaftskammer getragen, ein Viertel der Kosten (zwischen 70.000,- und 120.000,- Schilling) trägt das jeweilige Unternehmen selbst. Gefördert werden die externen Beratungskosten für die Teilnahme an den Workshops sowie die Einzelberatung.

Linzer Reparatur- & Verleihführer

Wer einen Gegenstand ausleihen oder einen defekten wieder in Stand setzen lassen möchte, steht oft vor dem Problem einen geeigneten Betrieb zu finden. Dafür gibt es nun die neue, über 60 Seiten

JAHRESEMISSIONEN LINZ 1998

Angaben in Mg/a (=t/a); CO₂ und H₂O in Gg/a (=1000t/a)

Stand: Jänner
2000

ohne Berücksichtigung einer Stromgutschrift

Emittentengruppe [Austrittshöhen- Klassen in Meter über Grund]	Komponente											
	Staub	NO _{(x)2}	SO ₂	CO	CO ₂	H ₂ O	HF	H ₂ S	CH ₄	NH ₃	CnHm	(F)CKW
	[t/a]	[t/a]	[t/a]	[t/a]	[1000t/a]	[1000t/a]	[t/a]	[t/a]	[t/a]	[t/a]	[t/a]	[t/a]
VOEST-ALPINE gesamt	1.150	3.579	2.664	110.934	5.446	2.393	3,8	24,4	84	2	164	0
>100	240	1.070	2.182	87.642	1.622	477	3,7	0,0	0	0	52	0
>=50; <=100	16	2.112	319	20.763	3.155	670	0,0	0,0	0	0	2	0
<50	895	397	162	2.530	669	1.246	0,1	24,4	84	2	110	0
CHEMIE gesamt	118	725	0	107	702	737	1,8	<1	159	102	115	0
>100	0	0	0	0	0	0	0,0	<1	0	0	0	0
>=50; <=100	39	568	0	22	424	421	0,3	<1	56	40	2	0
<50	79	157	0	86	278	316	1,5	<1	102	62	113	0
Heizwerke gesamt	8	361	167	165	538	336	<1	<1	<1	<1	34	<1
>100	8	270	167	19	268	83	<1	<1	<1	<1	23	<1
>=50; <=100		0	0	0	0	0	<1	<1	<1	<1	0	<1
<50	0	91	0	145	270	253	<1	<1	<1	<1	11	<1
Sonstige Arbeits- stätten	53	226	314	830	227	212	<1	<1	<1	<1	439	121
Private Haushalte Verkehr	35	133	86	1.784	198	154	<1	<1	3	<1	225	<1
	1.000	2.845	286	4.120	384	135	<1	<1	<1	<1	2.657	<1
LINZ GESAMT	2.364	7.868	3.517	117.940	7.495	3.968	5,6	24,4	245	103	3.635	121

umfassende Broschüre des Amtes für Natur- und Umweltschutz der Stadt Linz: Im „Linzer Reparatur- & Verleihführer“ sind alle Betriebe aufgelistet, die Gegenstände reparieren oder zum Verleih anbieten.

Dadurch wird nicht nur Müll vermieden, sondern auch die Umwelt entlastet. Außerdem ist bei jeder Firmenadresse die optimale Bus- oder Straßenbahnlinie für eine umweltfreundliche Anreise zum jeweiligen Betrieb angeführt.

Die Broschüre „die umweltberatung“ wurde im Auftrag der Stadt erstellt.

Arbeitsausschuss „Öko-Audit“

Im Rahmen des Arbeitsausschusses „Öko-Audit“ der Fachgruppe „Betrieblicher Umweltschutz“ des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbandes (ÖWAV) wurden unter der Federführung des Wirtschaftsförderungsinstituts Wien Merkblätter zu einer Reihe von Themen erarbeitet, wie z.B. Zukunftsfähige Gemeindeentwicklung, Betriebliches Energiemanagement, Ressourcenmanagement im Rahmen eines Umweltmanagementsystems oder Grundlagen zum kommunalen Umweltmanagement.

Die Merkblätter sollen vor allem Betrieben und Kommunen als Unterstützung bei der Umsetzung von Klimaschutz-, Energiespar- sowie Nachhaltigkeitsmaßnahmen dienen.

Neben dem Umweltministerium, etlichen Kommunen, Firmen und nicht behördlichen Organisationen (NGOs) ist in diesem Arbeitsausschuss das Amt für Natur- und Umweltschutz durch Dr. Gerhard Utri vertreten.

Naturschutz

Personal und Organisation

Derzeit verfügt die Naturkundliche Station über einen Personalstand von fünf Vollzeitmitarbeitern im Fachbereich und einer Teilzeit-Honorarkraft für die Verwaltung der Zeitschrift ÖKO.L und des Schriftentausches. Eine Teilzeitsekretärin nimmt schwerpunktmäßig Tätigkeiten der Station wahr.

Grundlagenforschung

„Bewahrung und Entwicklung der Naturreichtümer“ ist eines der Ziele hinsichtlich der vom Linzer Gemeinderat beschlossenen, nachhaltigen Stadtentwicklung. Zwingende Voraussetzung ist, zu wissen, was an Naturreichtümern vorhanden ist. Deshalb bilden laufende Untersuchungen des Linzer Naturhaushaltes einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit, wobei es darum geht, das Artenspektrum der Tier- und Pflanzenwelt sowohl quantitativ als auch qualitativ zu erfassen, um Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen ableiten zu können.

Bewerkstelligt wird dies durch mehrjährige Beobachtungs- bzw. Zählprogramme und Projekte:

Routineprogramme

Biomonitoring Sammelgerinne Urfahr
Biomonitoring an renaturierten Gewässern

Biomonitoring Aupolder Asten
Kormoran-Schlafplatz-Zählung
Wasservogelzählung an Linzer Fließwässern im Winterhalbjahr

Bestandsüberwachung der österreichischen Brutvögel
Spurenkartierung im Winterhalbjahr
Tierbestandsaufnahme an der Donau im Stadtzentrum
Kontrolle der Vogelnist- und Fledermauskästen
Führung der Kleingewässerkartei: Derzeit sind die Daten von ca. 190 Stillgewässern des Linzer Raumes enthalten.

Projekte

Die Brutvogelkartierung (auch der Bereich des VOEST-Werksgebietes konnte in diesem Jahr begangen werden) wurde abgeschlossen.

Bryofloristische Kartierung von Linz (Mooskartierung):

Neben dem Überblick über die Gesamtgarnitur des Stadtgebietes, woraus sich Schutzmaßnahmen ableiten lassen, gewährt diese Bearbeitung die Möglichkeit, Zonen unterschiedlicher Schwermetallbelastungen darzustellen.

Neubearbeitung der Biotopkartierung

Die grafischen Daten der ersten Biotopkartierung, welche nunmehr auch in digitaler Form vorliegen, wurden in das im Aufbau befindliche städtische GIS eingebunden. Vorgesehen ist die Verknüpfung der beschriebenen Daten aus der Biotopkartierung mit den grafischen Daten der Karte, womit es für alle berechtigten Nutzer in den technischen Ämtern möglich sein wird, Abfragen betreffend ökologisch wertvoller Flächen bei Planungsvorhaben oder im Rahmen der Raumplanung durchzuführen.

Kartierung der Wespenfauna: Nachweis von 253 Arten, darunter drei Neufunde in Oberösterreich.

Naturschutzpraxis

Sachverständigentätigkeit

Dieser Bereich wird in erster Linie vom Abteilungsleiter der Naturkundlichen Station abgedeckt, der auch die Funktion des Bezirksbeauftragten für Natur- und Landschaftsschutz und des Amtssachverständigen für Gewässerbiologie innehat. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 137 Einzelerledigungen abgewickelt; 100 Lokalausweise wurden unternommen, 69 interne und externe Besprechungen fanden statt.

Naturschutzgebiet Traun-Donau-Auen
Mit der Nominierung dieses Landschaftsbereiches zum Natura-2000-Gebiet, sind die Linzer Auwälder unter EU-Rechtsnormen geschützt, womit auch die Chance für eine Projekt-Mitfinanzierung durch Brüssel gewahrt ist.

Stadtbauernförderung (siehe auch Kapitel „Förderungen“)

Artenschutzprogramme

Artenschutz an Gebäuden:

In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und Wohnungsgenossenschaften konnten im Zuge dieses laufenden Projektes rund 280 Nisthilfen für Mauersegler und Mehlschwalben bei Sanierungsarbeiten an Gebäuden und anlässlich von Neubauvorhaben installiert werden.

Krötenschutzzaun an Kapuzinerstraße und Pöstlingberg.

Artenschutzmaßnahmen für Wechselkröten im Industriegelände.

Hornissenschutz.

Nistkastenkontrolle in den Bereichen Pleischinger Sandgrube, Bergschlosspark, am Weikerlsee.

Naturdenkmäler:
Routinemäßige Kontrolle der 34 bestehenden Naturdenkmäler.

Naturschutzgebiet Pleschinger Sandgrube:
Nach Unterschutzstellung im Vorjahr wurde das Gebiet regelmäßig kontrolliert.

Solar-City Pichling: Es erfolgten Abstimmungsgespräche mit dem beauftragten Landschaftsplanungsbüro Dreiseitl bezüglich Erweiterung des Kleinen Weikerlsees und mit dem Büro Topos 3 hinsichtlich der Revitalisierung des Aumühlbaches, welche bereits in Angriff genommen wird.

Öffentlichkeitsarbeit und Umwelterziehung

Ausstellung „Viktor Schaubergger – Wasser ist Kraft“:
Vor allem sollte die Ausstellung vermitteln, wie es gelingen kann, über genaue Naturbeobachtung umweltverträgliche Technologien zu entwickeln.

Projekt Dohlen im Internet:
Mit gegenüber dem Turmfalkenprojekt des Vorjahres verbesserter Technik sollte Einblick in den schwer zu beobachtenden Ablauf einer Dohlenbrut auf dem Gelände der Linzer Universität geboten werden. Als sehr erfolgreich kann wohl die Akzeptanz im Internet bezeichnet werden: Gesamtzahl der Seitenaufrufe: 115.174; Gesamtzahl der Besuche: 17.400.

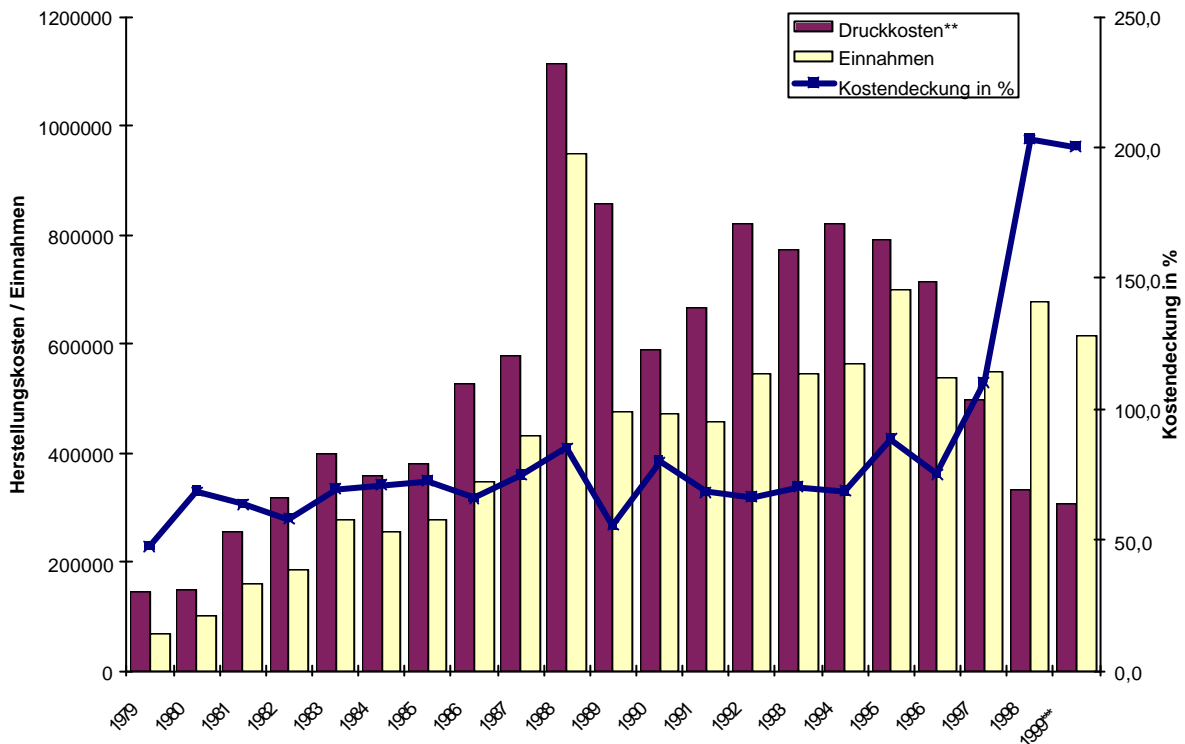
Besuch Dr. Jane Goodalls in Linz:
Im Vorfeld ihres Besuches wurde im Ausstellungsraum des Neuen Rathauses eine

Ausstellung über die Forschungen Goodalls mit Schimpansen gezeigt. Am 24. und 25. November war J. Goodall zu Besuch und hielt an jeweils drei Veranstaltungen, die im Neuen Rathaus stattfanden, ihren bewegenden Vortrag über ihr Leben und ihre Arbeit, „assistiert“ vom populären Musiker Hubert von Goisern. Erfreulich auch das finanzielle Ergebnis: Rund 180.000,- Schilling, die sie für ihre Naturschutzprojekte in Tansania verwenden wird, konnten übergeben werden.

Herausgabe von ÖKO.L-Jahrgang 21:
Der Trend, die Herstellungskosten weiterhin zu minimieren, ließ sich auch im Jahre 1999 fortsetzen. Die Kosten aus den Verbesserungen in der EDV-Ausstattung, des Layout- und Grafikbereiches haben sich völlig amortisiert. (Siehe Diagramm und Tabelle Seite 149) Die positive Bilanz bei den Kosten ist auch annähernd bei den Einnahmen gegeben.

Herausgabe des Naturkundlichen Jahrbuches Band 44 (1998):
Auch im Jahr 1999 wurde eine Ausgabe des Naturkundlichen Jahrbuches publiziert, worin bekanntermaßen Auftragsarbeiten der Station bzw. stationseigene Beiträge der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Weltweit wird das wissenschaftliche Sprachrohr der Naturkundlichen Station an Institute, Universitäten und Museen versandt, welche ihrerseits die eigenen Publikationen der Stadt Linz zukommen lassen.

Herstellungskosten und Kostendeckung ÖKO.L



** Honorarkraft wegen Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

*** Da die Naturkundliche Station ab 1999 in den Unternehmensbereich gekommen ist, ist die Vergleichbarkeit (Vorsteuerabzug) eingeschränkt. Angegeben sind die tatsächlich auf den Voranschlagstellen gebuchten Summen.

Herstellungskosten Naturkundliches Jahrbuch (1980-1998) (Band 1999 noch nicht erschienen)

Jahrgang	Auflage	Druckkosten	Seiten	Druckkosten/Seite
1980 - 1990*	500	360.000 ATS	276	1304 ATS
1991 - 1993	500	765.380 ATS	552	1387 ATS
1994 - 1995	450(468)**	348.986 ATS	388	899 ATS
1996 - 1997	400(430)	176.464 ATS	512	345 ATS
1998***	400(484)	111.085 ATS	320	347 ATS

* Seitenzahl = Durchschnitt der Einzelbände 1980 - 1990; Druckkosten etwa ATS 360.000,--

** keine Sonderdrucke

*** Da die Naturkundliche Station ab 1999 (Band 1998) in den Unternehmensbereich gekommen ist, ist die Vergleichbarkeit (Vorsteuerabzug) eingeschränkt. Angegeben ist die tatsächlich von der Voranschlagstelle abgebuchte Summe.

Vorträge, Exkursionen, sonstige Öffentlichkeitsarbeit:

Insgesamt wurden elf Vorträge und Exkursionen von Mitarbeitern der Naturkundlichen Station gehalten und durchgeführt; um nur einige zu nennen:

Vier vogelkundliche Exkursionen in Zusammenarbeit mit der VHS,

VHS-Kurs „Heimische Biotope und ihre Pflanzenwelt“ (sechs Abende),

Ökologisch-botanische Exkursionen in Zusammenarbeit mit der VHS,

Exkursion und Diskussion mit HWF im Natura-2000-Gebiet „Donauwälder“ u.a.,

Bibliothek für Natur und Umwelt:

Eröffnung am 7. Juni offiziell durch Stadträtin Dr. Dolezal.

Der Verleihbetrieb wurde mit Jahresbeginn an zwei Öffnungstagen (Dienstag und Donnerstag) aufgenommen.

Sonstige Öffentlichkeits- und Medienarbeit:

Fernsehbeitrag von OÖ Vision über Wasservögel im Linzer Stadtgebiet, Interview für ORF-Radio OÖ: Vogelzug, Wasservögel, Vögel am Futterhaus, Taubenproblem etc.

Auch bei mehreren Pressekonferenzen war die Naturkundliche Station vertreten.

Sonstiges:

Der Abteilungsleiter der Station, Dr. F. Schwarz, wurde zum Vizepräsidenten des Linzer Tiergartens gewählt; diese Funktion nimmt er ehrenamtlich wahr.

Breiten Raum, alle möglichen naturbezogenen Themen betreffend, nimmt die Beratungs- und Informationstätigkeit der Naturkundlichen Station ein. Die Anzahl der an die Station gestellten Fragen liegt bei rund 500.

Fortbildung (Dienstreisen, Tagungen, Seminare)

Im Berichtsjahr wurden von den Stations-Mitarbeitern 23 Dienstreisen unternom-

men und 12 Schulungen bzw. Fortbildungsveranstaltungen besucht.

Förderungen von Umweltschutzmaßnahmen in Linz

Förderung von Heizungsumstellungen - Routineförderung

Die Stadt Linz fördert seit 26. April 1984 nach den vom Gemeinderat beschlossenen „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“, in der geltenden Fassung vom 30. Juni 1994, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt im Linzer Stadtgebiet. Einen sehr wesentlichen Teil des Förderangebotes stellt die Förderung von Heizungsumstellungen von festen oder flüssigen Brennstoffen auf Erdgas- oder auf Fernwärmebetrieb im Wohnungsbereich dar. Voraussetzung für die Förderung einer Heizungsumstellung auf Erdgasbetrieb war und ist die Abgasführung über Dach.

Dieses nun bereits seit 15 Jahren bestehende Förderangebot der Stadt Linz für Heizungsumstellungen auf ein dem Stand der Technik entsprechendes Heizsystem, insbesondere zur Wohnraumheizung, hat die Erreichung des Zieles des Energiekonzeptes 1988, dass neunzig Prozent der Linzer Haushalte an leitungsgebundene Energieversorger anschließen, ganz wesentlich beschleunigt.

Bis Mitte des Jahres 1996 wurden lediglich Heizungsumstellungen von festen oder flüssigen Brennstoffen auf Fernwärme- oder Erdgasbetrieb gefördert. Ab diesem Zeitpunkt wurden und werden, über Vorschlag der Sachverständigenkommission im Hinblick auf die für die Förderbarkeit verlangten hohen Qualitätslimits beim Emissionsverhalten von erdgasbefeuerten Heizanlagen zusätzlich auch Heizungsoptimierungen gefördert. Da

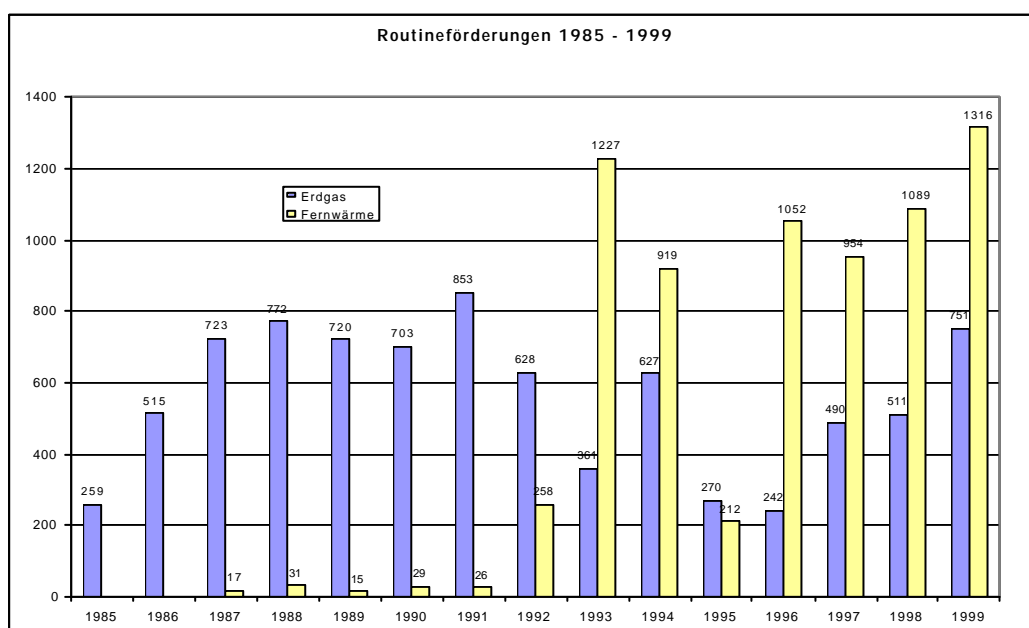
gleichzeitig ein an der Machbarkeit orientierter Emissionsgrenzwert für mit Erdgas zu befeuernden Kleinf Feuerungsanlagen festgelegt wurde, wurde mit dieser Maßnahme bei den Herstellern ein wesentlicher Schritt zur Qualitätsanhebung im Heizungsbereich provoziert.

Insgesamt wurden somit bisher seit Bestand des Förderangebotes 15.570 luftverbessernde Maßnahmen im Bereich des Hausbrandes gefördert. Bei den 2.067 des Jahres 1999 geförderten Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumheizung handelt es sich in 1.331 Fällen um Heizungsumstellungen, in 736 weiteren Fällen wurden Heizungsoptimierungen vorgenommen.

Die im Vorjahr erfolgte Ankündigung einer Reduzierung des Förderangebotes für Kleinf Feuerungsanlagen mit Jahreswechsel löste eine intensive Akquirierungstätigkeit seitens der Energieversorger ESG und SBL aus, was zum Jahreswechsel einen enormen Anstieg bei den Fernwärmearträgen bewirkte. So wurden allein von der ESG vor Ablauf der Einreichfrist noch etwa 1200 Anträge eingereicht, für die noch das bis dahin geltende Förderange-

bot (10.000,- Schilling für Heizungsumstellungen auf Fernwärme-, 8.000,- Schilling für Erdgasumstellungen und 5.000,- Schilling für Optimierungen) aufrecht zu halten war. 800 dieser Anträge können gar erst im Jahr 2000 angewiesen werden. Durch das ebenfalls angekündigte Auslaufen des Förderangebotes mit Ende des Jahres 2001, wurde jedoch auch im Laufe des Berichtsjahres trotz Senkung des Förderangebotes auf 5000,- Schilling für Heizungsumstellungen und 3.000,- Schilling für Optimierungen von dem Angebot noch fleißig Gebrauch gemacht.

Unterzieht man die Gesamtzahl der in Linz bisher geförderten Heizungsumstellungen der vergangenen 15 Jahre einer näheren Betrachtung, so läßt sich feststellen, dass gemessen an der Gesamtzahl von derzeit etwas mehr als 100.000 Wohnungen, bei bereits mehr als 15 Prozent dieser Emittentengruppe größtenteils gravierende Verbesserungen vorgenommen wurden. Diese wirken sich für Linz infolge der relativen Bodennähe von Hausbrandemissionen besonders günstig aus.



Stadtbauernförderung - Routineförderung

Die sogenannte Stadtbauernförderung gründet sich auf § 1 Abs. 2 lit. h der „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“, der die Förderung von biologischen Umweltschutzmaßnahmen wie z.B. den Ankauf und die Pacht von schützenswerten Lebensräumen, Maßnahmen zur Pflege des Naturhaushaltes, Mauerbegrünungsaktionen, Bepflanzung von Betriebsgeländen, För-

derung von Durchgrünungskonzepten, Errichtung von Lehrpfaden etc. vorsieht.

Das konkrete Förderangebot im Rahmen der Stadtbauernförderung umfasst nun biologische Umweltschutzmaßnahmen wie eine ökologisch orientierte Wiesenbewirtschaftung, die Anlage und Pflege von Rainen oder von Randstreifen, die Pflege von Wiesenböschungen und die Pflanzung von Streuobstbäumen mit alten Obstsorten.

Stadtbauernförderung 1999 Ergebnisse

Eingelangte Anträge: 75

Geförderte Anträge: 75

Gesamte Förderungssumme: ATS 1.310.681

Durchschnittliche Förderung/Antrag: ATS 17.475

Entwicklung der Stadtbauernförderung 1994-1999

Förderungsgegenstand:	Wiesenbewirtschaftung	Raine	Randstreifen	Böschungen	Obstbäume
Eingelangte Anträge					
1994	59	5	5	45	3
1995	59	7	14	42	8
1996	62	7	14	45	6
1997	59	7	25	45	6
1998	65	7	30	47	4
1999	66	8	29	45	6
Förderungswürdige Fläche					
1994	254,2 ha	3.647 m ²	4.551 m ²	44.290 m ²	26
1995	274,3 ha	9.555 m ²	40.238 m ²	60.508 m ²	68
1996	280,3 ha	9.417 m ²	80.900 m ²	63.228 m ²	55
1997	294,7 ha	8.503 m ²	101.497 m ²	63.220 m ²	61
1998	320,6 ha	10.922 m ²	111.580 m ²	79.364 m ²	23
1999	328,4 ha	17.677 m ²	142.940 m ²	81.579 m ²	58

Förderungsgegenstand:	Wiesenbewirtschaftung	Raine	Randstreifen	Böschungen	Obstbäume
Förderungszahlen					
1994	513.028,-	11.198,-	14.574,-	149.002,-	6.268,-
1995	553.425,-	23.014,-	99.801,-	195.667,-	18.261,-
1996	573.891,-	22.738,-	174.200,-	206.537,-	16.179,-
1997	593.467,-	20.770,-	245.548,-	210.173,-	17.153,-
1998	635.881,-	26.233,-	240.576,-	254.879,-	6.260,-
1999	659.361,-	46.498,-	325.275,-	261.664,-	17.883,-
Gesamtförderungssumme					
1994	693.463,-				
1995	895.168,-				
1996	993.545,-				
1997	1.057.111,-				
1998	1.163.829,-				
1999	1.310.681,-				

Objekt- bzw. Projektförderungen über Empfehlung der Sachverständigenkommission für Umweltschutzangelegenheiten (SVK-U)

Gemäß § 7 Abs. 2 der „Richtlinien zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen in Linz“ entscheidet das nach dem Statut für die Landeshauptstadt zuständige Organ aufgrund eines Gutachtens der vom Bürgermeister zu bestellenden Sachverständigenkommission.

Mit Verfügung des Bürgermeisters vom 2. Jänner 1995 wurde eine Sachverständigenkommission für Energiefragen installiert, die unter Federführung des Amtes für Technik energieorientierte Förderungsanträge gemäß den obzitierten Förderungsrichtlinien für die beschlussfassenden Organe vorzubereiten hat.

Alle übrigen umweltrelevanten Förderungsanträge fallen in die Zuständigkeit der SVK-U. Die Federführung obliegt dem Amt für Natur- und Umweltschutz, mitbeteiligte Ämter sind das Amt für Technik,

das Finanzrechts- und Steueramt, das Planungsamt, das Bezirksverwaltungsamt und das Bauamt.

In zwei Sitzungen der SVK-U wurde 1999 über insgesamt 16 neu eingelangte Förderungsanträge (einschließlich der Anträge für zwei Linzer Stadtbauern) beraten. In 15 Fällen konnte eine Förderungsempfehlung gegeben werden, in einem Fall musste diese versagt werden, da es sich hier um eine Maßnahme nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz handelte.

Der maximale Finanzrahmen der seitens der SVK zur Förderung empfohlenen Maßnahmen hat im Berichtsjahr 894.706,- Schilling betragen.

Im Rahmen der Objektförderung wurden im abgelaufenen Jahr unter anderem auch 66 Wohnraumheizungen auf Fernwärmebetrieb umgestellt. Das ergibt, dass unter dem Titel „Objektförderung“ seit 1985 zu den im Rahmen der Routineförderung 2.351 Wohnungen entweder auf Erdgasbetrieb, größtenteils jedoch auf Fernwärmebetrieb umgestellt wurden.

Weiters haben Mitarbeiter des Amtes in den Beratungen von zwei im Jahre 1999 anberaumten Sitzungen der SVK-E teilgenommen.

Fernwärmeprojekt – Franckviertel

Für diese Maßnahmen wurden bisher insgesamt Annuitätenzuschüsse in Höhe von 65.507.777,- Schilling geleistet, wovon auf das Jahr 1999 ein Betrag von 7.197.593,- Schilling entfiel.

Sonstige Zuwendungen aus Umweltschutzmitteln (Subventionen)

Zur Finanzierung von umweltrelevanten Maßnahmen und Aktionen wurden an verschiedenste Institutionen und Vereine Förderungen im Gesamtausmaß von 1.765.000,- Schilling bewilligt. Davon

sind bereits 1.481,809,- Schilling zur Auszahlung gelangt und zwar inklusive des an die SBL anzuweisenden Betrages in Höhe von 799.765,- Schilling. Diese an die SBL zu leistende Summe für die Abfallentsorgung diverser Vereine und sonstiger im Sozialbereich tätiger Institutionen kommt einer Naturalsubvention gleich.

Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahnen

Mit den bis 1998 ausbezahlten Fördermitteln in Höhe von 3.291.707,- Schilling hat die Stadt auch hinsichtlich des Förderanteiles des Landes eine Vorleistung erbracht, die es von Landesseite gegenüber der ÖBB im Jahre 1999 zu tilgen galt, weshalb für diesen Förderbereich im Berichtsjahr keine weiteren Ausgaben angefallen sind.

Übersicht über die im Jahre 1999 ausbezahlten Mittel für Umweltschutzmaßnahmen

Routineförderungen (Heizung)	S 15.785.882,-
Routineförderungen (Stadtbauern)	S 1.166.876,-
SVK-Förderungen	S 3.792.208,-
Sonderprojekt Franckviertel	S 7.197.593,-
Sonstige Umweltschutzförderungen (Subventionen)	S 1.521.809,-
Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahnen	S 0,-
Gesamtaufwand	S 29.464.368,-

Qualitätsmanagement

Dienststellenintern wurde das im Jahr 1996 begonnene Projekt „Qualitätsmanagement“ weitergeführt, das die bewährte Qualität der Arbeit des Amtes noch besser absichern und dabei Rationalisierungs- und Kreativitätspotentiale freisetzen soll. Die Erstellung von Verfahrens-, Arbeits- und Prüfanweisungen durch die mit dem jeweiligen Sachgebiet betrauten Mitarbeiter ist eine überaus zeitaufwendige, jedoch notwendige Arbeit.

Im Laufe der Erstellung der Verfahrens-, Arbeits- und Prüfanweisungen haben sich immer wieder Wege aufgetan, Abläufe rationeller zu gestalten und vor allem besser nachvollziehbar zu machen. Größter Wert wurde darauf gelegt, möglichst vollständig die Abläufe auf elektronischem Wege umzusetzen. QM-Anweisungen werden nur einmal bei der Ersterstellung an die betroffenen Mitarbeiter ausgegeben. Jede Änderung, die notwendig wird, erfolgt nur mehr elektronisch und wird dem Mitarbeiter nicht

mehr in Papierform ausgehändigt. Die aktuelle Fassung einer QM-Anweisung bzw. von Formblättern, Dokumentvorlagen, Makros etc. muss daher immer aus definierten Verzeichnissen abgerufen werden.

Sämtliche Dokumente, die im Amt erstellt werden, können zentral von jedem PC abgerufen werden. Die Suche nach Dokumenten kann durch ein eigenes vom Amt entwickeltes GZ-Buch für Winword-Dokumente, welche eine Geschäftszahl besitzen, sehr effizient und rasch bewerkstelligt werden. Aber auch die richtige Ablage von sonstigen Dokumenten, (z. B: Vorlagen, Vorlagedokumente, Listen, Excel-Tabellen und Grafiken, etc.) ist von jedem Mitarbeiter genauestens zu beachten und wird auch vom Informatikbeauftragten kontrolliert. Auf diese Weise erreicht man mehrere Vorteile:

Abstellen der Unsitte des mehrmaligen Abspeicherns von Dokumenten (gemäß dem Motto „Sicherheitshalber kopiere ich mir das Dokument lokal auf den PC.“).

Jederzeit von jedem PC Auffindung von allen Schriftstücken möglich (immer in der letztgültigen Version).

Jederzeit ist die aktuelle Version einer Vorlage etc. verfügbar.

Jeder Bedienstete hat die selben Strukturen für die Ablage zu lernen und zu verwenden, was ebenfalls auf Dauer den Umgang mit EDV-mäßig abgelegten Dokumenten erleichtert.

Wichtig ist: In Kraft gesetzte Anweisungen haben den Status einer Dienstanweisung und sind verpflichtend von den jeweils betroffenen Mitarbeitern (die in den einzelnen Anweisungen demonstrativ aufgezählt sind) einzuhalten!

Das Zertifikat für ISO-9000 wurde im März 1999 dem Amt überreicht.

Da das QM-System ein lebendiges System ist, wurden im Jahr 1999 wieder zahlreiche Arbeits- und Verfahrensanweisungen geändert bzw. überarbeitet.

Ein weiteres Überprüfungsaudit durch den ÖVQ fand im Dezember 1999 statt.

